

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtner- Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährl. durch die Post  
5 M., unt. Streifband 6,50 M.  
**Erscheint wöchentlich Sonnabends**

**Schriftleitung und  
Versand:**  
Berlin S 42, Luisenauer 1  
Fernruf: Moritzplatz 3725

**Anzeigen** erscheinen nur in dem vierzehntäglichen  
erscheinenden „Gärtner-Fachblatt“  
Die Anzeigen-Annahme befindet sich: Berlin S 42,  
Luisenauer 1 :: Beilagen nach vorheriger Anfrage.

in der Zeit vom 18. Juli bis 24. Juli ist der Beitrag für die 30. Woche fällig.

## Eine Kraftprobe in Weener.

Wir berichteten schon kurz über den Streik in der Baumschule des Kommerzienrats Herrn Hesse in Weener (Ostfriesland). Unsere Kollegen hatten den vom Schlichtungsausschuß in Emden gefällten Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Der Schiedsspruch war ungerecht und unsozial. Die seit 1. April d. Js. bestehenden Löhne sollten für Arbeiter von 15—19 Jahren um keinen Pfennig aufgebessert werden, für die 20-jährigen um 10 Pfg., für Frauen, geübte Arbeiter und Gärtner 15—40 Pfg. Der Höchstlohn hätte dann 2,70 Mk. betragen, ein im Verhältnis zu anderen Baumschulen und zu den Weener Arbeitern ein viel zu geringer Lohn! Die Landarbeiter verdienen hier ab 1. Juli 3,10 Mk. Der Spruch wurde also von unsern Kollegen abgelehnt und am Freitag, den 11. Juni begann der Streik, an dem 240 Personen beteiligt sind. 115 Streikende sind verheiratet, 70 sind weibliche Personen, 20 sind in andern Verbänden organisiert. Der Betrieb war restlos stillgelegt.

Die Betriebsleitung glaubte wohl, diesen Streik als Strohhalm betrachten zu können, dem bald das Rückgrat gebrochen sei, denn es war ja eine eingeseesene Arbeiterschaft, ohne Ausnahme Einheimische, und nicht weniger als 16 Arbeiter waren Jubiläumsarbeiter, die 25—40 Jahre im Betrieb geschuftet hatten. (Die Firma bestand im Herbst 1919 40 Jahre!) Bis Kriegsausbruch hatten diese Kollegen 20—23 Pfg. pro Stunde verdient. Ein Teil dieser Arbeiter ist durch Hypotheken auf ihren Häusern an Herrn Hesse gekettet. Und diese Arbeiter sollten lange streiken? Das glaubte niemand. Siegesbewußt fuhr Herr Hesse am dritten Streiktag nach außerhalb.

Unsere Kollegen taten ihre Pflicht und Schuldigkeit, wie man das bei Norddeutschen gewöhnt ist. Da einige Unsichere versucht hatten, schon früh um 4 Uhr in den Betrieb zu kommen, standen sie auch nachts über Streikposten. Die Betriebsleitung wurde nervös. Es wurde ein Polizeiposten vor den Betrieb gestellt, der einem nicht freiwillig mitstreikenden Obergärtner Einlaß zum Betrieb verschaffte. Das brachte die organisierte Arbeiterschaft von Weener in Bewegung. Sonntag, den 20. 6. demonstrierten Streikende und übrige Arbeiterschaft vor dem Landrat, dem Gendarmen, Prokuristen und Obergärtner der Firma. Der Landrat versprach, daß erst Polizei gestellt werden solle, wenn er es befehle, wenn die Ruhe gefährdet sei. Der Posten wurde auch zurückgezogen.

Das Büropersonal hatte versprochen, keine Streikarbeit zu verrichten. Dies Personal wurde dann beurlaubt und, wie es heißt, am 1. Juli zum 1. Oktober gekündigt, weil dann der Betrieb geschlossen werden soll. Dann forderte man die Arbeiterschaft durch die Zeitung auf, sich wieder zur Arbeit zu melden. Ohne Erfolg. Die Streikenden erklärten, wohl arbeiten zu wollen, aber nur unter neuem Vertrag.

Am 1. Juli wurden dann Listen an die Streikenden herumgeschickt mit falschen Darstellungen und der Aufforderung, wieder zu arbeiten. (Weiter war erklärt, daß die Firma den Betrieb nicht wieder eröffne. Dieses Gerücht kam unserem Kollegen Albrecht sogar in Meinungen von einem Baumschulbesitzer zu Ohren. Es war also sicher „offiziell.“) 60 Streikende ließen sich verleiten, die Liste zu unterschreiben. Auch auf dem Arbeitsnachweis hatte man Arbeitskräfte angefordert. Dienstag, den 6. 7. waren die Tore des Betriebes geöffnet. Doch die Aufklärung der

Streikleitung und der Streikposten hielten alle ab. Mittags jedoch rückten 16 Firmentreue an, drückten unsere Streikposten beiseite und gingen in den Betrieb. Es waren dies Obergärtner und Vorarbeiter. Diese blieben im Betriebe, sollten dort beköstigt werden. Die Streikleitung nahm hierzu Stellung, entsandte zu den Streikbrechern eine Kommission mit der Aufforderung, den Betrieb bis abends 11 Uhr zu verlassen. Das geschah, nachdem die Betreffenden erklärt hatten, vor endgültigem Streikabbruch nicht wieder anzufangen. — Der Arbeitsnachweis hat am andern Tage die Vermittlung auch wieder eingestellt.

Es war also wieder eine Aktion gescheitert. Am 7. 7. erfolgte Anschlag und Bekanntmachung in der Zeitung, daß die Arbeiter ihre Karten abholen sollen, da der Betrieb geschlossen werde. Dem wurde keine Folge geleistet.

Der Streik dauerte am 9. 7. volle vier Wochen. Wie diese Schilderung zeigt, hat die Firma alle Mittel versucht, um unsere Kollegen wankend zu machen. Sie verwickelte sich dabei in die größten Widersprüche. Man hoffte wohl, ähnliches Glück wie Herr Müllerklein-Karlstadt und Herr Beterams-Geldern zu haben. Wir vermuten, daß auch der Bund der Baumschulbesitzer hier seine Hand im Spiele hat.

Unsere Kollegen und Kolleginnen stehen in bewundernswerter Geschlossenheit, kämpfen und entbehren weiter. Sie wollen den Sieg!

Die Arbeiterschaft der Umgegend verfolgt den Kampf mit größtem Interesse. Die schlechten Arbeitsverhältnisse bei Hesse in Weener wirkten immer niederdrückend auf die Verhältnisse der anderen Berufe. Die Arbeiterschaft unterstützt den Kampf auch finanziell, um den Streikenden einen Zuschuß zu gewähren.

Es wird bei diesem Kampf angebracht sein, wenn auch unsere Mitgliedschaften sich entschließen, aus ihren Ortskassen eine Summe zu opfern, um den Ortszuschlag für die Streikenden erhöhen zu können. Der Kampf in dieser äußersten Ecke des Reiches verdient die vollste Aufmerksamkeit der Kollegen-schaft, denn es ist ein Kampf gegen einen millionenreichen Kapitalisten. Dieser, gleich wie Müllerklein, Beterams und Dippe sind es, die unseren zukünftigen Kämpfen den Stempel aufdrücken. Hier steht der Feind! Hier heißt es: Widerstand zeigen! Den Kämpfern in Weener unsere Sympathie durch die Tat! Gelder für diesen Zweck sind auf das Postscheckkonto 10.301, Albert Lehmann, Berlin, einzuzahlen und werden von der Hauptverwaltung der Streikleitung übermittelt. J. B.

## Nochmals unsere öffentlich-rechtliche Berufsvertretung.

Kurz nach unserer in Nr. 23 der „A. D. G.-Z.“ erfolgten Besprechung des preußischen Landwirtschaftskammergesetzentwurfs fand in dem zuständigen Ministerium eine Konferenz aller Beteiligten statt, um zu der Vorlage Stellung zu nehmen.

Wir ließen keinen Zweifel darüber, daß das Gesetz ohne den Grundgedanken der Parität für uns unannehmbar sei, und daß der Begriff „Gartenbau“ fest umschrieben werden müsse, um endlich einmal der Lösung unserer Rechtsfrage näher zu kommen. Außerdem verlangten wir größere Selbständigkeit der Fachkammer. Die Aussprache war sehr umfangreich, weil die gelistigten Väter des Entwurfs sich daran festhielten, und es wurde denn auch die Frage aufgeworfen, warum man überhaupt eine solche Versammlung erst einberufe, nachdem der ganze Entwurf

angeblich so fest stehe, daß wesentliche Veränderungen im Aufbau nicht mehr vorgenommen werden könnten. Nach unserer Auffassung ist es sogar unbedingt nötig, daß sich die preußische Landesversammlung den Entwurf daraufhin etwas näher ansieht, um ihn in Einklang mit der Reichsverfassung zu bringen.

Auffällig war bei der ganzen Beratung nur, daß sämtliche Landwirtschaftskammern fehlten, und daß unsere Unternehmer erklärten, im Großen und Ganzen mit der Vorlage einverstanden zu sein, weil sie das zurzeit Erreichbare bringe.

Einigermaßen enttäuscht wurden sie aber durch eine von uns veranlaßte Erklärung der Regierung, daß die arbeitsrechtlichen Fragen der Gärtnerei auch von dem neuen Gesetz nicht berührt würden, daß vielmehr die Gewerbeordnung solange für die unter sie fallenden Betriebe Geltung habe, bis das zu erwartende Arbeitsgesetzbuch die ganze Angelegenheit neu regelt.

Später erfuhren wir, daß das Landesökonomikkollegium hinter den Kulissen gegen den Entwurf gearbeitet habe, weil ihm die Fachkammern ein Dorn im Auge sind, auch sollte an Stelle des Wahlrechts ein Vorschlagsrecht der Verbände gesetzt werden. Letztem Endes befürchtet es durch verschiedene Bestimmungen eine Kürzung des Selbstbestimmungsrechtes der Kammern — eine Ironie der Weltgeschichte gerade aus diesem Munde — und verlangt kurz und bündig eine Anweisung der Reichsregierung, diesen Entwurf bis zur Erledigung des entsprechenden Reichsgesetzes zurückzustellen, worin wir ausnahmsweise mit dem Kollegium übereinstimmen.

Nun hat aber bezeichnenderweise dieses Reichsmantelgesetz fast die gleichen Mängel wie das preußische, und es wirkte belustigend, wie das Reichsministerium für Ernährung sozusagen jede Woche einen neuen Entwurf herausgab, dem man dann sofort die Wirkung der inzwischen gepflogenen Verhandlungen mit den Ländern und den Unternehmern ansah.

Als wir nun am vergangenen Dienstag im genannten Ministerium ebenfalls zu Worte kamen und gleich mit schwererem Geschütz auftraten, mußten wir zu unserem Erstaunen hören, daß die Vorlage mit ihrem Dreiklassenrecht bereits ein Kompromiß darstelle, weil man unternehmerseits von Fünftelung und dergl. gesprochen habe. Außerdem seien die Länder nicht gewillt, ein neues „Diktat von Berlin“ entgegenzunehmen, sodaß die von uns in schärfster Form vertretene Forderung zwingender Bestimmungen über die Parität, die Fachkammern und die Beteiligung von Organisationsbeamten in bezug auf das aktive und passive Wahlrecht höchstwahrscheinlich keine Aussicht auf Erfolg hätten.

Wir beharrten auf unserem Standpunkt, daß die Reichsregierung zu allererst die Verpflichtung habe, die Reichsverfassung zu schützen, welche in § 165 von der Gleichberechtigung der Unternehmer und Arbeitnehmer auch in wirtschaftlichen Dingen spreche und erklärten, lieber auf eine Beteiligung an einer solchen dreiteiligen Kammer verzichten zu wollen, als dieser Umgehung der Verfassung zuzustimmen. Im übrigen wären wir dann gezwungen, unsere Interessen im Bezirkswirtschaftsrat zur Geltung zu bringen und würden keine Mittel unversucht lassen, das vorliegende Gesetz im Reichswirtschaftsrat zum Scheitern zu bringen.

Das half wenigstens insofern, daß man uns versprach, die vorgebrachten Wünsche dem Herrn Minister zur Annahme zu empfehlen.

Bemerkenswert waren auch hier die Erklärungen des Vertreters des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministeriums, daß die arbeitsrechtlichen Probleme unseres Berufes von dem vorliegenden Gesetz nicht berührt, sondern besonders zu lösen versucht werden müßten, wozu Vorarbeiten bereits im Gange seien.

Nicht unerwähnt soll schließlich auch noch bleiben, daß die Forstbesitzer und -Besessenen eifrig an Werke sind, für sich eine Extrawurst in Gestalt besonderer Forstkammern herauszuschlagen, was unserer besonderen Beachtung bedarf, weil dadurch möglicherweise unsere gesamte Stellungnahme zu dem strittigen Fragen erheblich beeinflusst werden dürfte. Aber ganz abgesehen von dieser Sonderfrage darf man wohl einigermaßen gespannt sein, wie sich die Dinge nun entwickeln, und ob der Rechtseinschlag in der Regierung sich hier bereits so auffällig äußert, daß den Unentwegten schneller als sie denken, die Folgen ihrer Entschlossenheit vor Augen geführt werden.

W. R.

## Nachträglich eingesandte Anträge zur Generalversammlung.\*)

### Zu Punkt 1.

110. Breslau. Schaffung eines Beirates, bei dem Breslau zur Wahrnehmung der Interessen der ostdeutschen Kollegen in erster Linie in Frage kommt. Der Beirat soll, wenn notwendig, öfter mit Hauptverwaltung und Ausschuß zusammentreten.

\*) Diese verspäteten Anträge bedürfen zu ihrer Beratung eines entsprechenden Beschlusses der Generalversammlung.

### Zu Punkt 3.

111. Solingen beantragt Austritt des Verbandes aus der Arbeitsgemeinschaft.

### Zu Punkt 5.

112. Breslau. Städtische und staatliche Gärtner sollen mehr Krankenunterstützung erhalten, da Streikgelder wenig in Frage kommen.

### Zu Punkt 6.

113. Solingen. Nichtaufnahme solcher Kollegen, die nach dem 1. Oktober 1919 aus der Reichswehr entlassen sind.

Eine Eingabe an das Ministerium zwecks Regelung der Lehrlingsfrage in unserem Beruf.

114. Breslau. Änderung des Verbandsnamens in „Verband der Arbeitnehmer der Gärtnerei und Binderei“.

Befähigte Kollegen sollen zunächst versuchsweise in den Gaubüros gegen Entschädigung beschäftigt und weiter ausgebildet werden. Die Gauleiter sollen verpflichtet sein, Rednerkurse abzuhalten.

115. München. Die Hauptverwaltung wird beauftragt, dahin zu wirken, daß unser Fachblatt bei Ausschreibung von Staatsstellen berücksichtigt wird.

Die Hauptverwaltung soll Schritte unternehmen, daß die Beschäftigung von Krankenschwestern in den Gärtnereien staatlicher und kommunaler Krankenhäuser untersagt wird, um dadurch Stellen für arbeitslose Gärtner frei zu machen.

Die Hauptverwaltung soll bei der Reichs-Regierung beantragen, daß die Sonntagsruhe in der Blumenbranche einheitlich für das ganze Reich geregelt wird. Ebenso ist für die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages in dieser Branche Sorge zu tragen.

Von weiteren Ausstellungen von Beamten Abstand zu nehmen, dafür eine höhere Entschädigung für tätige Kollegen an Verwaltungsstellen für über 100 Mitglieder festzulegen.

Die Hauptverwaltung hat von allen Gauleitungen die abgeschlossenen Tarifverträge einzufordern, um von dieser Stelle aus je ein Exemplar an alle Gauleiter zu versenden.

Die Generalversammlung beauftragt die Hauptverwaltung, bei der Deutschen Regierung für die Sozialisierung der Staatsgärten sowie der Friedhofsbetriebe einzutreten.

Die Rechtsfrage ist in Zukunft energischer zu betreiben als bisher.

Die Hauptverwaltung wird beauftragt, bei der Deutschen Regierung Schritte zu unternehmen, damit die Gartenbauschulen und Versuchsanstalten im Interesse der arbeitenden Gärtner unterstützt werden.

## Zur Generalversammlung. Anschluß oder Nichtanschluß und Sonstiges.

### V.

Diese Frage ist mit die wichtigste, die auf unserer Generalversammlung entschieden wird. Betrachten wir uns einmal die Umstände, die für und gegen sprechen, etwas näher.

Zunächst könnte uns der Landarbeiterverband auch nicht viel helfen, wird gesagt. Weiter ist die Beitragsleistung zwischen Gärtnern und Landarbeitern etwa wie 2:1, mitunter wie 3:1. Also ein Gärtner zahlt durchschnittlich soviel Beitrag wie 2 bis 3 Landarbeiter. Weiter sind letztere noch lange nicht aus dem Größten heraus; wir Gärtner wären also zunächst mehr die Gebenden wie die Empfangenden. Auch könnte eine etwaige Verschmelzung unserer Rechtslage schaden. Weiter seien in einem noch zu gründenden Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiterverband unsere Interessen viel besser gewahrt. Tausende von städtischen Mitgliedern würden zum Gemeindearbeiterverband abschwenken usw.

Zugegeben, daß manche dieser Einwände stichhaltig sind, reichen sie aber doch nicht aus, um einen Anschluß zu unterlassen. Daß der Landarbeiterverband finanziell vorläufig nicht auf Rosen gebettet ist, gebe ich ohne weiteres zu. Das ist das Schicksal aller jungen, rasch wachsenden Organisationen mit niedrigen Beiträgen. Nach einigen Jahren dürften uns aber die Landarbeiter finanziell einen guten Rückhalt bieten.

Weiter wären bei einem Nebeneinander — statt Miteinanderleben — die häßlichen Grenzstreitigkeiten unvermeidlich. Wo ist in Samenplantagen, feldmäßigem Obst- und Gemüsebau überhaupt die Grenze zwischen Gärtner und Landarbeiter? Bei einer Verschmelzung kämen die Streitigkeiten gar nicht erst auf. Unsere Rechtslage wird entsprechend unserer wirtschaftlichen Organisationsmacht und der Stärke der politischen Vertretung des Proletariats im Reichstage geregelt. Darin würde ein etwaiger Anschluß nichts ändern. An eine baldige Klärung unserer Rechtslage glaube ich übrigens nicht. Der Reichstag hat jetzt, wo es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, besseres zu tun, als die Rechtslage der etwa 130- bis 140 000 Berufsaangehörigen zu regeln. Jedenfalls aber wirft der Landarbeiterverband

als zukünftiger Millionenverband eine ganz andere Macht in die Wagschale, als wir oder ein Nahrungsmittelindustrieverband es je tun könnten. Ein größerer oder gar Generalstreik der Landarbeiter bedeutete praktisch Hunger für die breitesten Kreise. Eine solche Möglichkeit wünschen wir nicht herbei; doch ausgeschlossen ist sie nicht. Ein Nahrungsmittelindustrieverband würde über kurz oder lang doch vom Landarbeiterverband aufgesaugt werden, denn die Grund- und Urstoffe produzieren ja eben die Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Diese Zwischestation wäre ganz überflüssig.

Dann gehen die städtischen Arbeiter und Gärtner sowieso zum Gemeindearbeiterverband, auch ohne Anschluß. Dieser Schritt wird nach meiner Ansicht nur noch eine Frage der Zeit sein. Der immer größer werdende soziale und wirtschaftliche Fragenkomplex mit den Kommunen zwingt geradezu zu einer möglichst einheitlichen, geschlossenen Organisation aller städtischen Proletarier. Die meisten oder fast alle Trumpfkarten sind in seiner, nicht in unserer Hand. Große Verbände haben nun einmal eine größere Anziehungskraft, größere Stärke und Mittel als kleine. Die Entwicklung drängt zu großen Industrie- und Kampfverbänden; tragen wir dem Rechnung, sonst wird sie einfach über uns hinweggehen. Diese Feststellung mag, rein taktisch genommen, unklug von einem alten Gewerkschaftler sein, aber zur Steuer der Wahrheit ist sie unbedingt erforderlich.

Man gebe sich auch keinen Illusionen hin, als ob der Landarbeiterverband sich um die 28 000 Gärtner und Arbeiter, die bei einem etwaigen Anschluß übertreten dürften, etwa reißen würde. Wir geben einfach dem Koloß unseren gut geschulten Agitations- und Verwaltungsapparat, er uns eine größere Machtfülle, finanziellen Rückhalt und größere Entfaltungsmöglichkeit. Geschäft ist Geschäft. Das der Anschluß immerhin nur unter gewissen Voraussetzungen, wie größtmögliche Selbständigkeit, eigene Reichs- und Ortsgruppenleitungen, eigene Zeitung, Fachblatt, eigene Beamten und Büros an allen wichtigeren und größeren Plätzen erfolgen kann, ist selbstverständlich. Dann hätten auch unsere Mitglieder in rein agrarischen Gegenden und kleinen Landstädtchen einen größeren Rückhalt, ein rege pulsierendes Vereinsleben. Abgesehen von Zeitung und Unterstützung haben diese Mitglieder so gut wie nichts von unserem Verband. Für sie muß in erster Linie etwas getan werden. Deshalb ist dringend zu wünschen, daß der Anschluß mit großer Mehrheit erfolgt.

Unser Verbandsstatut muß von Grund aus umgeformt und der Neuzeit, insbesondere dem Rätewesen, angepaßt werden. Beiträge und Unterstützungen müssen erhöht werden. Was will denn ein Mensch heute mit 5,60—18 Mk. wöchentlicher Arbeitslosen-, Kranken- oder Streikunterstützung (je nach Klasse und Beitragswochen) anfangen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, baut das Reich seine Arbeitslosenunterstützung ab, den Kommunen fehlen an allen Ecken und Enden die Mittel. Dann werden die Opfer einer wahnsinnigen Gesellschafts-Ordnung bitterste Not leiden. Es müssen einfach größere Mittel beschafft werden. Früher führten wir durchschnittlich einen Stundenlohn und mehr als Wochenbeitrag ab, heute etwa rund einen halben. Und das trotz 10—15facher Steigerung unserer Verbandskosten! So kann es nicht weitergehen. Eine freiwillige Beitragsklasse von 4 Mk., ferner 3,50 Mk. in der 5., 3 Mk. in der 4., 2,50 Mk. in der 3., 2 Mk. in der 2. und 1,50 Mk. in der 1. Klasse wöchentlich, das wäre so ungefähr das Richtige. Unsere zukünftigen Kämpfe dürften ganz andere Mittel verschlingen; viel hartnäckiger, schwerer und umfangreicher werden wie bisher. Dem Hauptvorstand und Ausschuß kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie der Beitragsfrage nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Weiter ist unsere Zeitung ein Schmerzenskind, obgleich wir vor dem Krieg so stolz darauf waren. Heute ist sie geradezu dürftig zu nennen. Auch ihr Inhalt und Ausstattung ließ oft zu wünschen übrig. Erst in den letzten Wochen ist hier eine Besserung eingetreten. Wie der Kollege Albrecht die Pressenachricht des Berliner Magistrats, daß er auf seinen Rieselgütern holländische Gemüsekulturen einrichtet und eine Anzahl holländische Gärtner einstellen wollte (während hunderte deutsche Kollegen arbeitslos in Berlin herumlaufen), so ohne Kommentar übernahm, resp. durchgehen ließ und die Berkehr der deutschen Kollegen so wenig wahrte, ist mir auch heute noch unverständlich.

Und nun zum Schluß! In Nr. 22 unseres Organs teilt der Haupt-Vorstand mit, daß „nur“ 8 unserer Gauleiter ohne Mandat auf der Generalversammlung vertreten sind. Zu einer solchen Maßnahme haben Hauptvorstand und Ausschuß nicht das geringste Recht. Entweder alle Gauleiter hin oder gar keine. Gauen 1. und 2. Klasse haben wir nicht. Der Hauptvorstand will sie anscheinend schaffen. Die neuen Gauen erwarten, daß die Generalversammlung sogleich nach Eröffnung diese höchst ungerechte, verbitternde und parteiische Anordnung aufhebt. Überhaupt hätten wir gewünscht, daß alle Gauleiter mit beratender Stimme zugezogen wären und die Delegierten möglichst aus berufstätigen Mitgliedern bestanden hätten. Nach 8jähriger Pause bei so großen und weittragenden Beschlüssen, die diesmal gefaßt werden müssen, hätte die Stimmung der Mitglieder gründlich, rein

und natürlich zum Ausdruck kommen müssen. Es hat den Anschein, als wenn der Hauptvorstand eine starke Opposition fürchtet. Eine Delegiertensteuer von 2—3 Raten à 1 Mk. hätte nach entsprechender Begründung bei der Mehrzahl der Mitglieder sicherlich Anklang gefunden, wäre übrigens auch heute noch möglich.

## VI.

Alle Kollegen, welche die Berichte der Gauleiter-Konferenz vorigen Jahres gehört haben, wissen, daß die Frage des Anschlusses an den Landarbeiterverband bereits in dieser Zeit ernstlich erörtert und ins Auge gefaßt war. Da nun durch die Aussprache in unserer Zeitung und auch durch Rundschreiben einzelner Verwaltungsstellen gegen den Anschluß mobil gemacht wird, sehen wir uns veranlaßt, zu dieser Frage noch einmal kurz vor der Generalversammlung Stellung zu nehmen.

Schon die Tatsache, daß nach der fraglichen Gauleiterkonferenz kein ernsthafter Widerstand gegen den Anschluß bekannt wurde, in Verbindung mit der Situation, in der sich unsere Organisation schon seit Monaten befindet, ließ erwarten, daß wenigstens keine größeren Mitgliedschaften ernstlich dagegen Sturm laufen würden. Um so größer unser Erstaunen, daß Orte wie Hamburg, Dresden, sogar Königsberg und andere versuchen, dem Antrag des Hauptvorstandes zu Fall zu bringen.

Kein Zweifel, gegen den Anschluß kann man ernste Bedenken haben, die zur Vorsicht mahnen. Das gilt vor allem in der Rechtsfrage. War es nicht ein buchstäblicher Kampf gegen die staatlichen Behörden und die Unternehmer, um sie zu überzeugen, daß wir unbedingt unter die Gewerbeordnung geföhren? Geben wir mit diesem Anschluß an den Landarbeiterverband diese Bestrebungen nicht auf? Mit nichten, Kollegen. Was wir damit zugeben, ist nicht mehr und nicht weniger, als was zu leugnen keinen Zweck hätte, nämlich daß die Gärtnerei tatsächlich zahlreiche Berührungspunkte mit der Landwirtschaft besitzt. Diejenigen Kollegen, welche meinen, daß wir im Hinblick auf die Machtverschiebung nach rechts mit unserem Anschluß an den Landarbeiterverband unseren Gegnern erhebliche Argumente liefern würden, sei gesagt, daß diese Kreise schon immer geneigt waren, die Gärtnerei unter die Landwirtschaft zu stellen. Die Gefahr besteht also auch ohne unseren Anschluß! Wir können uns auch keinen vernünftigen Menschen denken, welcher annehmen sollte, daß wir mit diesem Anschluß den Kampf um die Rechtszugehörigkeit als aufgegeben betrachten wollten. Selbstverständlich kann es gar nichts anderes geben, als daß wir es auch weiterhin als eine unserer vornehmsten Aufgaben betrachten müssen, diesen Kampf mit allen Mitteln fortzuführen, indem wir uns als die am meisten Interessierten hinter die Bestrebungen stellen, die sich die Aufgabe, ein einheitliches Arbeiterrecht zu schaffen, gestellt haben.

Ein weiterer Einwand ist der, daß verschiedene Branchen unseres Berufes gegen den Anschluß sind. Das ist jedoch nur eine gefühlsmäßige Abneigung, die sich aus dem Umstand ergibt, daß diese Kollegen durch ihre Beschäftigungsart und die damit verbundene Denkweise weiter von der Landwirtschaft entfernt sind, als ein anderer großer Teil unserer Mitglieder. Jene mögen sich die Lage unseres Berufes erstlich durch den Kopf gehen lassen, und es wird nicht schwer sein, die Vorteile eines Anschlusses an eine größere Organisation zu erkennen. Man denke nur an die rein praktischen Notwendigkeiten, die sich täglich im Organisationsleben zeigen. Ein Teil unserer Ausbreitungsmöglichkeit liegt in der Provinz. Die dort verstreuten Kollegen zu erfassen und zu halten, ist nicht nur eine schwierige, sondern auch eine kostspielige Frage. Sie sind zum Teil nur in engerer Verbindung mit dem Landarbeiterverband zu gewinnen. Aus alledem ergibt sich, daß auch diese Einwendungen nicht ausschlaggebend sein können, um den Anschluß zu verneinen. Auch die Frage der Ausgestaltung unserer Zeitung ist wert, in dem Zusammenhang des Anschlusses an eine größere Organisation erwähnt zu werden.

Sollten uns in der Anschlußfrage nicht auch die Unternehmer aller Berufe und Branchen ein gutes Beispiel geben? Erst in jüngster Zeit hat sich ein Arbeitgeberverband gegründet, dem sich alle Gruppen des Wirtschaftslebens von den Junkern bis zu den Großindustriellen angeschlossen haben. Wollten wir in dieser reinen Organisationsfrage rückständiger als die Unternehmer sein?

Was uns in erster Linie diesen Anschluß als sympathisch erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß er auf dem Wege zur Schaffung eines allgemeinen Arbeiterverbandes liegt. Die Arbeiterbewegung hat ihre bestimmten Aufgaben, die sie um so besser lösen wird, je mehr sie den Gedanken der inneren Zusammengehörigkeit in Taten umsetzt. Nicht daß sich die Arbeiter als Facharbeiter organisieren, ist das wesentliche, sondern daß sie eine geschlossene Front als Arbeitnehmer bilden! Wie ein alter Gewerkschaftler, wie Kollege Schleinitz, Dresden, den Anschluß „als das kopflose Untertauchen in eine uferlose Masse bunt zusammengewürfelter Berufsgruppen“ bezeichnen kann, ist uns direkt rätselhaft. Das ist kein kopfloses Untertauchen, sondern eine planmäßige Zusammenfassung größerer Kräfte zur

besseren Lösung der Gegenwartsaufgaben ohne das Endziel der Arbeiterbewegung aus dem Auge zu lassen.

Auch der Hinweis auf die Schaffung eines Lebens- und Genusmittelarbeiterverbandes liegt in dieser Richtung; es erscheint uns aber absurd, damit den geplanten Anschluß zu verneinen oder verzögern zu wollen, und es hieße, das Problem lösen zu wollen, indem man statt von Grund auf am Kopfe beginnt.

Aus allen angeführten Gründen kann es nach unserer Überzeugung nichts anderes geben, als dem Anschluß an den Landarbeiterverband zu vollziehen. Er bringt nicht nur eine größere Zentralisation, er stellt uns auch auf eine breitere Basis mit stärkerer Rückendeckung. Er wird uns durch größtmögliche Zusammenfassung in der Verwaltung sehr viele Vorteile schaffen und nicht nur die Lösung der gärtnerischen Aufgaben erleichtern, sondern uns als Teil der gesamten Arbeiterbewegung einen erheblichen Schritt vorwärts bringen.

Diese kurze Zusammenfassung der Gründe, die für den Zusammenschluß mit dem Landarbeiterverband sprechen, richten wir in der Form einer ersten Mahnung an alle Kollegen, sich diese Frage nochmals durch den Kopf gehen zu lassen.

Richard Freyh, Anton Döring, Frankfurt a. M.

### VII.

Wer würde nicht freudig zustimmen, wenn es gelingen könnte, unseren Verband durch Anschluß an den Landarbeiterverband zu stärken. Sind dazu aber die Voraussetzungen gegeben?

Nach meiner Überzeugung nicht. Ich will alle theoretischen Erwägungen beiseite lassen und mich nur an das Praktische halten. Was hat die Gärtnereiarbeiterschaft in ihrer Mehrzahl mit den Landarbeitern gemeinsam, doch nur die „dreckigen Stiebel“. Die Verhältnisse auf dem Lande sind ganz andere wie die in der Stadt, besonders in den Großstädten. Nun kann der ganze Anschluß aber doch nur Zweck haben, wenn dadurch die Finanzen gehoben werden könnten. Dabei kommen mir aber sehr ernste Bedenken, ob wir durch den Zusammenschluß Gelder ersparen können.

Es fragt sich nun, ob wir allein in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, der wir bedürfen. Ich möchte das bejahen.

Wenn es allerdings so liegt, daß wir bange vor den unausgeglichenen Grenzstreitigkeiten sind oder vor den beiden großen Verbänden, ist nichts zu wollen. Unsere Berufsverhältnisse sind eigenartig, dieses erkennt jeder an. Deshalb können wir auch mit vollem Recht verlangen, daß uns alle Berufstätigen restlos zur Organisation überlassen werden. Das sind in erster Linie die aus den Betrieben der Staaten und Gemeinden. Verlieren wir die, welche jetzt bei uns sind, würde in vielen Orten die Organisation zerstört. Umgekehrt könnte, wenn wir den Rest der im Gemeindearbeiterverband organisierten Kollegen bekämen, in vielen Orten die Organisation Fuß fassen, in fast allen kleineren und mittleren Städten würde sie aber auch rentabel. Die Verwaltungen hätten Bestand. Und genau so gut, wie die Landarbeiter Kreisstarife abschließen, können wir Bezirkstarife abschließen, so daß auch hier eine sehr erhebliche Ersparnis eintreten könnte.

Es scheint mir überhaupt eine gewisse Ängstlichkeit in unseren Kreisen zu herrschen, Revolutionspsychose. Da wollen wir uns doch gern der Zeiten erinnern, wo nur kleine Häuflein Getreuer die Organisation über Wasser hielten und wenn wir nun die 28.000 Mitglieder ansehen, dann sollten wir bange werden? Kleingelster nur können sich solcher Gedanken hingeben, aber nicht Kollegen, die sich des Wertes ihrer Arbeit bewußt sind.

Man soll doch auch nicht denken, daß nun große Verbände immer viel Geld haben müssen. So ist es nicht. Auch diese haben vielfach schwer zu kämpfen.

Andererseits müssen wir aber doch zunächst auch einmal wissen, wie eigentlich unsere Verhältnisse liegen. Wir haben seit 1912 keinen Verbandstag gehabt, seit dieser Zeit sind wohl nur vereinzelt Bezirkskonferenzen gewesen, die Änderungen der Statuten usw. sind immer nur von einem kleinen Teil der Kollegen beschlossen, da kann meines Erachtens gar keine Rede davon sein, daß wir aus finanziellen Gründen den Anschluß an einen anderen Verband jetzt suchen. Andere Gründe könnten für mich aber überhaupt nicht in Frage kommen. Ich bin daher ein entschiedener Gegner des Anschlusses.

G. Wächter, Hannover.

### VIII.

Am 23. Juli tritt die Generalversammlung unserer Organisation zusammen. Verschiedene Artikel in unserer Zeitung sind bisher der Überzeugung gewesen, daß der Hauptpunkt wohl der Anschluß oder Nichtanschluß an den Landarbeiterverband sein wird. Und das mit Recht!

Heute befinden wir uns auf der Höhe unserer Bewegung, denn allzu viele stehen uns nicht mehr fern. Mit Freuden ist der Anschluß der Privatgärtner an unseren Verband zu begrüßen, und jetzt wollen wir verzagen und uns unserer mühevoll aufgebauten Selbständigkeit berauben? Ich stimme den Ausführungen

des Kollegen Huhnholz in der Nr. 24 unserer Zeitung voll und ganz zu, aber ich frage diejenigen Kollegen, die schon jahrelang in der Bewegung stehen: Ist es euer Ernst, eure Mühe verschwinden zu sehen? Unsere jüngeren Kollegen werden die Tragweite unseres Anschlusses an den Landarbeiterverband nicht voll verstehen; aber ich sehe voraus, wie so mancher Kollege, dem die Rechtszugehörigkeit zum Gewerbe über alles steht, diesen Schritt nicht mitmacht. Was die Herren Unternehmer machen, ob sie sich in ihren Gemeinschaften auflösen und Bauerngenossenschaften anschließen, muß uns einerlei sein. Nur unser festes Zusammenhalten allein kann diese Herren sowohl in jeder Lohnbewegung, als auch in allen anderen Dingen zur Vernunft bringen. Und wenn hier und da gesagt wird, auf dem Lande warteten die Kollegen nur auf den Anschluß, so habe ich schon bemerkt, daß es meistens Kollegen sind, die sich scheuen, ihren Arbeitgebern gegenüber selbst energisch aufzutreten. Nur nicht zeigen, daß ich dies und jenes verlange, denken diese, sondern sie stellen sich so, als ob sie unter dem Druck anderer ständen.

Erfreulich sind die Anträge zur Beitragszahlung. Ist es nicht ein gutes Omen für unsere eigene Kraft? Wir müssen es allein schaffen. Dazu gehört ein der Zeit entsprechender Beitrag, aber auch ein Lohn, wie er uns als Gelernten zukommt, und nur festes Zusammenhalten, ohne Wankelmut kann uns auf die Höhe bringen. Zeigt den Unternehmern bei Lohn- und Arbeitszeitfragen die Zähne! Kollege S. hat recht, wenn er sagt, für uns gibt es keine Indexziffern. Wenn der Abbau der Löhne kommen soll, müssen wir noch nachholen, was uns jahrelang vorenthalten wurde. Jeder tue seine Pflicht und stelle seine Kraft in den Dienst des Verbandes, sowohl bei der Agitation, als auch bei der Übernahme eines Amtes, und sei es nur als Unterkassierer. Und wenn uns die Unternehmer dadurch in den Rücken fallen, daß sie ihre Betriebe einschränken, dann steht einmütig in den Forderungen der Sozialisierung der Friedhofs- und Landschaftsgärtnerei zusammen, gründet Arbeitsgemeinschaften und tretet ein für die wirklich sozialen Ideen. Kollegen: „seid wach“!

J. Schäfer, Frei Weenheim a. Rh.

## Privatgärtnerei

Zur gefl. Beachtung. Wir verweisen nochmals auf unser Rundschreiben an alle Gauleiter und Ortsverwaltungen wegen des Zeitungs- und Markenversandes an übergetretenen Privatgärtnergruppen und bitten, die dort angegebenen Richtlinien beachten zu wollen, damit der Geschäftsverkehr sich ohne zeitraubenden Schriftwechsel einspielt. Die Hauptverwaltung.

Berlin. Die bisherigen Ortsgruppen des V.D.P. sind bis auf eine, die als Lokalverein weiter vegetieren will, alle zu unserer Vereinigung übergetreten, ebenso die der Provinz Brandenburg bis auf eine.

Ähnliches wird uns aus Bamberg, Baden-Baden, Heidelberg, Halle, Merseburg, Dessau, Bitterfeld, Bochum, Stetvin und Güstrow mitgeteilt. Über den geschlossenen Übertritt des Gaues Freistaat Sachsen berichten wir in der nächsten Nummer ausführlich.

## Rundschau

### Der Steuerabzug geändert!

Vom 1. August d. J. unterbleibt der Abzug vom Verdienst bei Löhnen von 5 Mk. täglich, 30 Mk. wöchentlich und 125 Mk. monatlich ganz. Außerdem erhöht sich der abzugsfreie Betrag für jede zum Haushalt zählende Person entsprechend der obigen 3 Lohnklassen um 1,50 Mk. täglich, 10 Mk. wöchentlich und 40 Mk. monatlich.

Alle übrigen Arbeitnehmer mit Einkommen bis zu 15.000 Mk. können sich vom zuständigen Finanzamt die Abzugsquote errechnen lassen, wenn feststeht, daß diese infolge großer Kinderzahl oder dergl. die wirklich zu zahlende Summe übersteigt.

Dafür werden die Abzüge für Einkommen von 15.000 Mk. erheblich höher gestaffelt. Sie beginnen mit 15 % und endigen mit 55 % bei einem solchen von einer Million Mark.

## Bekanntmachungen

Privatgärtnervereinigung. Gruppe Zwickau-Werdau, Vorsitzender: Fritz Borsdorff, Crossen (Muld). Versammlung jeden 1. Sonntag im Monat einmal in Zwickau, „Kaffee Ocean“, einmal in Werdau, Restaurant „Bismarck“. Die August-Versammlung findet am 1. August in Zwickau statt.

### Festlichkeiten.

Hierunter nehmen wir in Zukunft alle Mitteilungen über Vereinsfestlichkeiten auf. Die Zelle wird mit 2.- Mark berechnet.

Ortsverwaltung Hannover. Am Sonntag, den 25. Juli 1920, großes Rosenfest in den renovierten Sälen des „Volksheims“, Nikolaistr. 10. Blumenreigen, Blumenverlosung, Saalpost, Preisverteilung, sonstige Unterhaltung und Tanz. Anfang 4 Uhr. Damenkarte 2 Mk., Herrenkarte 3 Mk. Die Festleitung.